

[15.10.2010]

Regierungsgespräch - Unterrichtsminister Paasch: »CSP-Behauptungen reif für die Kappensitzung«

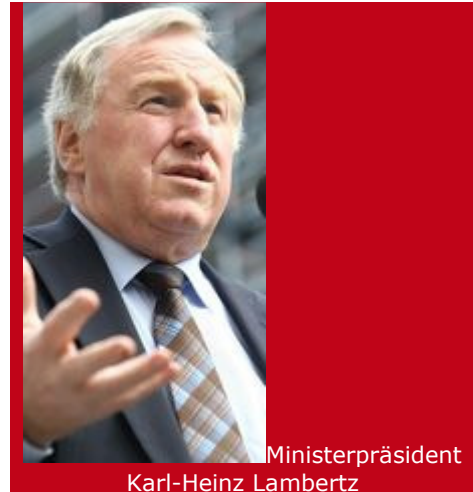
## »DG ist 2038 schuldenfrei«

Von Christian Schmitz

**Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird bis zum Jahr 2038 schuldenfrei sein. Dies erklärte Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) am Donnerstag im Rahmen eines Pressegesprächs der DG-Regierung.**

Lambertz, der auch zuständig für die Gemeinschaftsfinanzen ist, warf dabei bereits einen Blick auf den Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012, der am 25. Oktober im Parlament vorgestellt und über den dann im Dezember im PDG debattiert werden wird.

Einzelheiten wolle er aus Respekt vor dieser Diskussion noch nicht verraten, doch sehe die mittel- und langfristige Finanzplanung vor, dass die DG in 28 Jahren schuldenfrei sei. »Damit meine ich alle Verpflichtungen, egal, ob sie mit dem PPP-Projekt oder mit der krisenbedingten Neuverschuldung zu tun haben«, erklärte der Ministerpräsident.



Ministerpräsident  
Karl-Heinz Lambertz

 Größeres Bild

### Restschuld

Die Restschuld der Gemeinschaft werde im Jahr 2017 - mit rund 201 Millionen Euro - einen Höchststand erreichen, jedoch bis 2038 ebenfalls ganz abgebaut sein. Bereits Ende der 20er Jahre sei das Gros der Schuldenlast getilgt, so dass sich dann neue Handlungsspielräume ergäben. Allerdings verknüpfte Lambertz diese Aussage mit zwei wichtigen Vorbehalten: Einerseits dürfe sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht wiederholen, andererseits dürfe die Finanzierung der DG nicht geschmälert werden.

Der Regierungschef weiß, dass bei den Debatten über die anstehende Staatsreform zurzeit auch über das Finanzierungsgesetz gesprochen wird. Außerdem muss der Föderalstaat 25 Milliarden Euro einsparen, um sein eigenes Budget in Ordnung zu bringen. Vielleicht muss sich die DG deshalb ja auf weniger Geld aus Brüssel einstellen.

### Spagat geht weiter

Ganz generell gelte es, den Spagat des letzten Jahres auch in den kommenden Jahren fortzusetzen, so Lambertz. In einer wirtschaftlich schwierigen Zeit müssten alle Dienstleistungen und die Beschäftigung aufrecht erhalten bleiben, obschon es neue Herausforderungen gäbe. So

stehe die Verabschiedung eines neuen Jugend-Dekretes an, meinte DG-Ministerin Isabelle Weykmans (PFF) und zitierte ein Beispiel aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Kurzfristig neue Handlungsspielräume müsste man auch finden, um das Regionale Entwicklungskonzept (REK) umzusetzen, fügte Lambertz hinzu.

Wichtige Schwerpunkte will Gesundheits- und Sozialminister Harald Mollers (ProDG) u.a. in der Jugendhilfe setzen, weil man hier mit größer werdenden Problemen konfrontiert werde. Auch Engpässe bei der Kleinkindbetreuung (vor allem in der Eifel) will er im kommenden Jahr anpacken. Akzente sollen aber auch in der Seniorenpolitik gesetzt werden (Beispiel: Dorfhaus in Schönberg).

## **Krankenhäuser**

Schließlich werde auch in den kommenden Jahren in die Krankenhäuser investiert, versprach Mollers. Er ärgerte sich allerdings darüber, dass gewisse Bauvorhaben nicht schnell genug realisiert würden, »obschon wir die Gelder dafür von Anfang an vorgesehen hatten. Von unserer Seite war das nie ein Problem.« Sogar die für 2010 bereitgestellten Beträge seien noch nicht alle abgerufen. »Wir haben die Finanzen bereit gestellt. Für die Durchführung sind andere verantwortlich«, stellte Mollers klar. Weil sich die betreffenden Krankenhausprojekte verzögerten, würden diese mit anderen Vorhaben durcheinander geworfen, die viel schneller verwirklicht werden. Das eine habe aber nichts mit dem anderen zu tun.

## **PPP-Projekt**

Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) betonte unterdessen das Bemühen der DG-Regierung, trotz Einsparungen weiter in Bildung zu investieren. »Wir haben fast 90 Prozent des Dekretes zur Aufwertung des Lehrerberufes realisiert, und die weiteren zehn Prozent werden noch folgen. Die CSP-Behauptungen, wir würden dieses Dekret nicht umsetzen, sind Blödsinn und reif für eine Kappensitzung.«

In Sachen PPP-Projekt (Neubau und Sanierung von Schulen in Eupen) werde nur noch mit einem Partner verhandelt. Bis Weihnachten sollen die Gespräche abgeschlossen sein, bevor die Umsetzung nach dem Winter erfolgen soll. Die Verträge zu den Bauzeiten sollen über 36 Monate laufen. Paasch hofft, dass die neuen Gebäude zu Beginn des Schuljahrs 2013-2014 eröffnet werden können.